

FDP im Römer

RÖMERUPDATE SEPTEMBER 2025

19.09.2025

Liebe Leserinnen und Leser,

im Zentrum der gestrigen Stadtverordnetenversammlung stand neben der Europäischen Schule Frankfurt und der Unterbindung von Hausbesetzungen auch die Debatte um unseren Antrag zum Gewerbegebiet nördlich der Silostraße. Als Freie Demokraten haben wir hier klare Ziele formuliert: die Entwicklung eines großflächigen Areals, um den akuten Mangel an Gewerbeplächen zu beheben und die Grundlage für modernes Stadtwachstum zu schaffen. Der Ankauf dieser Flächen eröffnet eine historische Chance, frühzeitig planerisch aktiv zu werden – diese dürfen wir nicht verstreichen lassen und dafür setzen wir Freien Demokraten uns ein.

Des Weiteren wurden während des Plenums das System Change Camp, das Fahren ohne Fahrschein, Sauberkeit im öffentlichen Raum und die Idee von Mindestpreisen für Mietwagenanbietern debattiert.

Ihr Yanki Pürsün
Fraktionsvorsitzender

Für unsere bildungspolitische Sprecherin Isabel Schnitzler steht fest: wir brauchen die Europäische Schule und zwar jetzt! Die Stadt hat sich bereits genug Zeit gelassen während die Schule aus allen Nähten platzt – mögliche Standorte werden seit Jahren geprüft. Ein Gutachten hat bereits ergeben: wir können bauen und zwar am Ratsweg. Natürlich gab es hier bereits Gegenwind. Einerseits müssten einige Kleingärten für den Bau umziehen und andererseits die Dippemess verlegt werden. Wir Freien Demokraten halten nicht zwanghaft am Ratsweg fest, wir bleiben bei der Standortentscheidung flexibel. Nicht flexibel sind wir aber beim Thema Tempo – denn mit der Ansiedlung der

AMLA in Frankfurt steigt der Druck auf die Stadt, eine neue Schule schnellstmöglich zu bauen. Darum positionieren wir uns klar: ein neuer Standort für die Europäische Schule in Frankfurt und zwar jetzt!

Während der Debatte um das „System Change Camp“ im Grüneburgpark sprach sich unser rechtspolitischer Sprecher Nathaniel Ritter für die Versammlungsfreiheit aus – aber nicht für deren Missbrauch. Über Wochen hinweg blockiert das Camp den öffentlichen Raum, hinterlässt Müll und Schäden und kostet die Stadt Geld. Der Park ist ein Ort für alle Frankfurterinnen und Frankfurter, nicht ein Experimentierfeld für ideologisch aufgeladene Dauerproteste. Besonders scharf verurteilen wir darum die antisemitischen Vorfälle im Camp, darunter das Entfernen von Geiselfotos, Parolen und Angriffe auf jüdische Aktivisten – ein Schlag ins Gesicht unserer Geschichte. Wir als FDP stellen klar: Protest ja, Hass und Zerstörung nein. Freiheit bedeutet Verantwortung, Respekt vor Mitmenschen und öffentlichem Eigentum. Wir Liberale bleiben hierbei die klare Stimme für Freiheit, Ordnung und Respekt in unserer Stadt.

Frankfurt braucht dringend mehr Wohnraum, erklärte Sebastian Papke als planungspolitischer Sprecher in seiner gestrigen Rede zum Thema ABG und Mietenstopp. Denn nur so können wir das Wachstum unserer Stadt sichern, Fachkräfte anziehen und jungen Familien eine Perspektive bieten. Faire und stabile Mieten – wie bei der ABG – begrüßen wir, doch künstliche Mietendeckel als Wahlgeschenke lehnen wir ab. Oberbürgermeister Josef warf ein, die Gewinne der ABG zur Senkung der Mieten einzusetzen. Dem widersprach Papke deutlich: Gewinne der ABG müssen in den Neubau von Wohnungen fließen, nicht in kurzfristige Entlastungen. Nur so bleibt Frankfurt zukunftsfähig und schafft langfristig mehr Wohnraum.

Den Appell an den Magistrat formulierte unser umweltpolitischer Sprecher Dr. Julian

Langner deutlich: Frankfurt braucht dringend ein Gesamtkonzept für mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum. Trotz erheblicher städtischer Mittel und des großen Engagements der FES ist die Bevölkerung unzufrieden, weil zentrale Plätze wie Kaiserstraße, Hauptwache oder das Mainufer in einem schmuddeligen Zustand verharren. Grund hierfür sind verschleppte Grundsanierungen und ein nur langsam umgesetztes Toilettenkonzept. Dies schwächt auch das Verantwortungsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger. Mehr Reinigungskräfte oder Kontrollen allein reichen hierbei nicht aus: Schulen und Kitas müssen einbezogen, Verstöße gegen die Abfallsatzung konsequenter geahndet und die Höhe von Bußgeldern überprüft werden. Nur ein gemeinsames Anpacken aller städtischen Akteure kann Frankfurt wieder auf Vordermann bringen und das internationale Ansehen sichern.

Darum appellieren wir Freie Demokraten, dass das von uns initiierte Konzept für das Bahnhofsviertel nun endlich entschlossen umgesetzt wird, anstatt es nach dem Koalitionsbruch in der Schublade verschwinden zu lassen. Weniger Schaufensterpolitik, mehr konkrete Umsetzung: Das ist der Schlüssel, um die Arbeit der FES zur vollen Geltung zu bringen und Frankfurt langfristig sauberer und attraktiver zu machen.

Unser Fraktionsvorsitzender Yanki Pürsün kritisierte scharf den laxen Umgang des Magistrats mit Hausbesetzungen in Frankfurt. Unser Vorwurf lautet hierbei: Bildungsdezernentin Sylvia Weber lässt städtisches Eigentum ungenutzt und duldet Besetzungen, statt diese konsequent zu beenden. Es kann nicht sein, dass Einzelne sich kostenlos an öffentlichem Eigentum bedienen, während andere regulär Miete zahlen. Auch die jüdische Gemeinde hat hierbei zu Recht gefordert, Gruppierungen, die Hetze betreiben, keinen Raum zu geben – dieses Signal ist aber bislang seitens der Stadt nicht aufgegriffen worden. Wir als Freie Demokraten setzen uns weiterhin für eine sofortige Räumung jeder Besetzung ein. Weiterhin sprechen wir uns für die Reduzierung von Leerstand sowie ein konsequentes Vorgehen gegen unrechtmäßige Nutzungen aus. Eine Sonderbehandlung „guter“ oder „schlechter“ Besetzungen, wie von der CDU vorgeschlagen, lehnen wir darum entschieden ab.

In der Debatte um das Thema „Fahren ohne Fahrschein“ machte unser Fraktionsvorsitzender Yanki Pürsün klar: Dies ist für uns nicht akzeptabel. Mit dem Deutschlandticket haben wir bereits ein sehr günstiges Angebot geschaffen, auf das alle Personen zurückgreifen können. Es darf nicht sein, dass politische Diskussionen Menschen dazu ermutigen, ohne Ticket den ÖPNV zu nutzen. Wer bedürftig ist, wird durch bestehende Unterstützungsangebote der Stadt entlastet und kann sich legale Tickets leisten. Der von der Linkspartei eingebrachte und von der Restkooperation unterstützte Antrag ist daher der falsche Weg und führt zu Ungerechtigkeit gegenüber allen, die ordnungsgemäß bezahlen. Er unterstellt den Verkehrsgesellschaften mangelnde Verantwortung und ist zugleich ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten im Transportgewerbe, deren Jobs finanziert werden müssen. Wir Freien Demokraten lehnen diesen Antrag daher entschieden ab.

Frankfurt braucht endlich neue Gewerbeblächen für Wachstum und Innovation, erklärte unser mobilitäts- und planungspolitischer Sprecher Sebastian Papke gestern. Mit unserem Antrag zur Entwicklung eines großflächigen, leistungsfähigen Gewerbegebiets nördlich der Silostraße wollen wir den akuten Bedarf decken und die Grundlage für langfristiges Stadtwachstum schaffen. Der Ankauf der Flächen in Parkstadt II und III bietet jetzt die große Chance, vorausschauend zu handeln und ein modernes Gewerbequartier in attraktiver Lage zu entwickeln. Wir fordern eine optimale Erschließung von Anfang an – inklusive zusätzlicher Autobahnbindung an die A66 und Einbindung in den Schienenverkehr – sowie die intelligente Integration erneuerbarer Energien auf Dachflächen statt großflächiger Solarparks auf wertvollem Agrarland. Frankfurt darf diese Chance nicht verspielen, wenn es seine Position als Wirtschaftsmetropole der Zukunft sichern will.

Auch unser wirtschaftspolitischer Sprecher Nathaniel Ritter betonte bei der Debatte, dass wir einen Standort, der ausdrücklich auch für produzierendes und emittierendes Gewerbe geeignet ist, unbedingt benötigen. Nur so können wir die Branchenstruktur Frankfurts breiter und resilenter aufstellen. Eine reine Nutzung als Solarpark ist volkswirtschaftlich

ineffizient – erneuerbare Energien sollten vielmehr in die gewerbliche Nutzung integriert werden. Bis 2030 fehlen der Stadt 90 bis 140 Hektar Gewerbefläche: Ein Engpass, der nach unserer Auffassung dringend politisch gelöst werden muss. Und dafür setzen wir uns ein.

Sebastian Papke, unser mobilitätspolitischer Sprecher, positioniert sich zu den Plänen der Einführung von Mindestpreisen für Mietwagenanbieter deutlich: Solche Mindestpreise sind reine Planwirtschaft und bremsen Wettbewerb, Innovation und Wahlfreiheit. Dies ist genauso das Gegenteil dessen, was eine moderne Verkehrspolitik braucht. Nur echter Wettbewerb sorgt für faire Preise, besseren Service und kontinuierliche Verbesserungen – davon profitieren alle Bürgerinnen und Bürger. Für uns Freie Demokraten gehört deshalb auch das traditionelle Taxigewerbe in diese Debatte: Starre Tarife und bürokratische Auflagen müssen endlich auf den Prüfstand. Unser Ziel ist ein freier, innovativer Mobilitätsmarkt in Frankfurt, der den Menschen statt den Behörden Wahlmöglichkeiten gibt. Künstliche Hürden und Vorschriften blockieren Fortschritt – wir bauen sie ab. So bleibt Frankfurt eine Stadt, in der Mobilität durch Ideen und Unternehmergeist entsteht, nicht durch Verbote und Preisdeckel.